

erfucht wird, alle Anträge auf Wiederzulassung der Jesuiten und verwandter Orden im deutschen Reich abzulehnen.

Schönheide. Heute, Mittwoch, den 10. ds. Mts., Mittags 12 Uhr, ertönten im Oberdorf Alarm-signale. In dem Hintergebäude des der Wittve Gnüchtel gehörigen, in der Nähe der Flemmingschen Wärfenfabrik gelegenen Hausgrundstücks war Feuer ausgebrochen. Wärfenrohmaterialien, welche in dem Gebäude aufbewahrt gewesen sind, waren in Brand gerathen. Da das Feuer schon kurze Zeit nach der Entstehung bemerkt worden ist, so wurde man desselben Herr, bevor es sich ausbreiten und größeren Schaden anrichten konnte; nur das Innere des betreffenden Hintergebäudes ist theilweise ausgebrannt. Ueber die Ursache der Entstehung ist nichts Näheres bekannt. — Wie alle Jahre, so wird auch heuer der Kreuzbruderverein zu Weihnachten eine Anzahl ärmere Schulkinder beschenken. In der letzten Sitzung wurden 22 Kinder bestimmt, an welche Stiefel oder Schuhe und andere Kleidungsstücke vertheilt werden sollen.

Dresden. Am 2. ds. Mts. und folgende Tage hat eine abermalige Auslosung Königl. Sächs. Staatspapiere stattgefunden, von welcher die

4% (vom 1. Juli 1891 ab auf 3 1/2% herabgesetzten) Staatsschulden-Kassenscheine von den Jahren 1852/55/58/59/62/66 und 68, 3 1/2% dergleichen vom Jahre 1867, auf 3 1/2% herabgesetzten, vormals 4% dergleichen vom Jahre 1869,

ingeleichen

die auf den Staat übernommenen auf 4% herabgesetzt, vormals 4 1/2% Schuldcheine vom Jahre 1872 der Leipzig-Dresdner Eisenbahn-Compagnie

betroffen worden sind.

Die Inhaber der genannten Staatspapiere werden hierauf noch besonders mit dem Hinzufügen aufmerksam gemacht, daß die Listen der gezogenen Nummern in der Leipziger Zeitung, dem Dresdner Journal und dem Dresdner Anzeiger veröffentlicht, auch bei sämtlichen Bezirkssteuer-Einnahmern und Gemeinde-Vorständen des Landes zu Jedermanns Einsicht ausgelegt werden.

Dresden. Als die Preußen unter Friedrich II. (1760) Dresden beschossen, wobei 416 Häuser abbrannten und 115 arg beschädigt wurden, sank auch die Kreuzkirche in Asche. Erst im Jahre 1764 konnte die schwer heimgesuchte Stadt wieder an den Aufbau der Kirche denken. Bei der am 14. Mai begonnenen Aufräumung fand man an der rechten Seite des Altars zwei große gewölbte Gräfte mit fünf zinnernen Särgen, deren einer im Beisein obrigkeitlicher Personen geöffnet wurde. Er enthielt den einbalsamirten Leichnam des am 20. April 1613 verstorbenen Herzogs Albrecht von Holstein. Er war bekleidet mit schwarzem Atlaswams, großen mit Bandschleifen verzierten Pluderhosen und langen Reiterstiefeln mit eisernen Sporen. Sein Hut war mit einer goldenen Agraffe und kostbaren Edelsteinen geschmückt, ebenso sein Degen. Um den Hals hingen mehrere Gnadenketten von gediegenem Golde und an den Fingern steckten viele goldene Ringe mit Rubinen, Diamanten und Smaragden. Der kostbare Fund wurde wieder verschlossen und überwahrt. So steht er heute noch an seinem Ort. Der Inhalt der übrigen vier Särge wurde nicht untersucht.

In der Ephorie Zwickau kamen im vorigen Jahre 70 Austritte aus der Landeskirche (meist Sektierer) und 18 Rücktritte zur Landeskirche vor.

Die Steigerung des Silberpreises hat, wie man aus dem Erzgebirge berichtet, die dortigen Silbergruben theilweise wieder in die Möglichkeit versetzt, den Abbau von Silbererzen zu betreiben und aufgelassene Bergwerke wieder aufzunehmen. So soll auch die Grube „Grauer Wolf“ im Zellwalde bei Siebenlehn, ein seit langer Zeit außer Betrieb stehendes Silberbergwerk, wieder in Betrieb gesetzt werden.

Amtliche Mittheilungen aus der 14. öffentlichen Stadtverordneten-Sitzung

am 10. Dezember 1890.

Anwesend: 18 Mitglieder, entschuldigt fehlen: Herr Stadt. Dierich und Herr Stadt. Rau. Seiten des Stadtraths anwesend: Herr Bürgermeister Löscher.

Der Vorsteher, Herr Richard Hertel eröffnet die Sitzung kurz nach 8 Uhr und beschließt das Collegium

1) von der Genehmigung des Vergütungssteuer-Regulativs seitens der Regierung Kenntniß zu nehmen,

2) dem Rathschlusse beizutreten und die nach der Ausführungsverordnung zum Alters- und Invaliditätsgesetz dem Stadtrath zur Last fallenden Geschäfte dieser Versicherung den beiden hiesigen Ortskrankenkassen gegen eine Vergütung von 2% der Einnahme zu überweisen,

3) dem Rathschlusse beizutreten und die vorgelegte Lehrgeldbefreiungsordnung, welche mit 1200 Mark beginnt und mit 2400 Mark endet, zu genehmigen und am 1. Januar 1891 in Kraft treten zu lassen, im Uebrigen auch die im Berichte erwähnten Veränderungen gut zu heißen,

4) den Rathschlusse mit 13 Stimmen abzulehnen und die Pensionbeiträge der städtischen Beamten nicht in Wegfall zu stellen. Die Abstimmung über diese Angelegenheit erfolgt geheim.

5) den Schulgeldsatz, welcher zum Besuche der 1. Abtheilung berechtigt, auf 16 Mark mit dem vom Schulausschuß vorgeschlagenen und vom Stadtrathe genehmigten Zusatz, wonach auch denjenigen Eltern, welche weniger Schulgeld bezahlen, nach Gehör des Stadtraths der Besuch der 1. Schul-

abtheilung seitens ihrer Kinder gestattet sein soll, festzusetzen und zwar gegen 2 Stimmen,

6) einen Wahlausschuß auch in diesem Jahre niederzusetzen und zu bestimmen, daß dieser Ausschuss mindestens 3 Tage vor der Wahl seine Vorschläge den Mitgliedern des Collegiums, insbesondere den Neueintretenden zugänglich machen laßt. In den Wahlausschuß werden die Herren Stadt. Gläß, Dannebohn, Brandt, Reichner, Dr. med. Hschau und Vorsteher Hertel gewählt.

Schluß der Sitzung: 1/2 10 Uhr.

Aus vergangener Zeit — für unsere Zeit.

13. Dezember. (Nachdruck verboten.)

Am 13. Dezember 1810, also vor 80 Jahren, leistete sich der bereits auf dem Höhepunkt seiner Macht stehende französische Kaiser Napoleon einen kleinen Gewaltstreich. Er schlug, nachdem er Holland zur französischen Provinz gemacht hatte, Hamburg, Bremen, Lübeck, das Herzogthum Oldenburg, einen Theil Hannover's und das Gebiet von Osnabrück und Minden zu Frankreich. Kurz und bündig; denn ohnmächtiger, denn je, lag Deutschland am Boden und französischer Uebermuth konnte sich damals in deutschen Landen gütlich thun. Das that er denn auch ohne Scheu und namentlich Hamburg hatte die ganze Boshheit eines Duldgeistes, wie des General Davoust, zu spüren. Gottlob, die Zeit ist vorbei, wo fremder Uebermuth in deutschen Landen schalten durfte und sie wird hoffentlich nimmer wiederkehren.

14. Dezember.

Am 14. Dezember 1870, Mittags 2 Uhr fand die Uebergabe der Festung Montmédy und der Einzug der preussischen Truppen in diese Festung statt. Die Belagerung hatte nur kurze Zeit gedauert; sie hatte Anfangs Dezember begonnen. Der Bau sämtlicher Batterien, der mit großen Schwierigkeiten verknüpft war, so daß die Arbeit meist Nachts ausgeführt werden mußte, war am 11. Dezember beendet. Am 12. Debr. früh begannen die 62 Geschütze ihr Feuer, den die Festungsbatterien bis zum späten Abend antworteten. Nach 36 stündiger Beschiesung begannen die Capitulationsverhandlungen. Mit der Einnahme von Montmédy, einer kleineren Festung eine Meile von der belgischen Grenze, fielen den Siegern 2000 Gefangene und ca. 60 Geschütze zu und es wurden 8 preussische Offiziere und 228 Mann aus ihrer Gefangenschaft befreit.

15. Dezember.

Unter der Regierung Louis Philipps von Frankreich war es, daß die sterbliche Ueberreste Napoleons I. von St. Helena nach Paris übergeführt und daselbst im Invalidendom beigelegt wurden. Das geschah mit entsprechender Feierlichkeit am 15. Dezember 1840, also vor 50 Jahren, kaum ein halbes Jahr, nachdem der Rest des ersten Napoleon, Louis Napoleon, jenen thörichten Handstreich von Boulogne beging, der ihm die Gefangenschaft in der Festung Ham eintrug. Ein Sohn des Königs Louis Philipps selbst war es, der sich aufmachte, um den letzten Wunsch des Kaisers, — daß seine Gebeine in Frankreich, welches er stets so sehr geliebt habe, ruhen sollten, — zu vollstreden. Zehn Jahre später war auch der „Bürgerkönig“ vom Throne Frankreichs hinweggeschwemmt und aus den Fluthen der Revolution tauchte nun doch der Rest des Mannes auf, dessen Gebeine nun im Invalidendom ruhen.

Aus dem Vortrag des Dr. Hans Blum.

Eisenstock, 12. Dezember. Wie bereits in der vorletzten Nummer mitgetheilt worden ist, hielt Herr Dr. Hans Blum aus Leipzig am vergangenen Sonntag einen Vortrag innerhalb des hier bestehenden reichstreuere Vereins über „den socialdemokratischen Kongress zu Halle und die Verderblichkeit und Unhaltbarkeit der socialistischen Lehre.“ Wenngleich die Socialdemokratie hier und in der nächsten Umgebung noch keinen allzufruchtbaren Boden gefunden hat, so ist doch der in klarer, überzeugender Weise abgefaßte Vortrag hoffentlich auch für hier nicht ohne Nutzen gewesen, da wohl die Mehrzahl der zahlreichen Besucher durch denselben erst die wahren, unverwerflichen Ziele der Socialdemokratie in ihrem vollen Umfange kennen gelernt hat.

Es ist nicht möglich, in kurzer Zusammenfassung die Fülle der Gedanken wieder zu geben, welche der Vortrag enthielt: Es sollen daher nur die wichtigsten Punkte erwähnt werden.

Der Vater der Socialdemokratie ist Ferd. Lassalle. Er war der erste, welcher eine sociale Arbeiterpartei gründete und Produktivgenossenschaften mit Staatsbeihilfe erstrebte. Lassalle befand sich jedoch durchaus auf nationalem, staatlichen Boden und hat denselben auch bis zu seinem frühen Tode im Jahre 1864 nicht verlassen. Er hoffte auf friedlichem, gesetzlichem Wege und durch ein allgemeines Wahlrecht die Beseitigung allzu Schroffer Klassengegensätze zu erreichen. Seine Erben und voran der wüste Demagog Karl Marx vermochten in dem ruhigen Fahrwasser Lassalle's nicht weiter zu schwimmen. Marx war der Erste, welcher in Gemeinschaft mit seinem Gesinnungsgenossen Engels den Kommunismus predigte und einen internationalen Kommunistenbund gründete. Ihm schloß sich Liebknecht an und dieser wiederum vermochte durch jahrelange, zähe Arbeit den anfangs regierungsfreundlichen, schlichten, geistig hochbegabten, ursprünglich dem Arbeiterstande angehörenden Bebel zu den kommunistischen Gesinnungen umzustimmen. Und dieses abhängige Verhältniß der Führer unter sich besteht noch heute; denn während Liebknecht durchaus kein selbstständiger Geist ist und nie gewesen ist, sondern nur ein Apostel der Marx'schen Theorie, so befindet sich Bebel vollständig im Banne seines Verführers Liebknecht, und ist gleichsam nur ein willenloses Werkzeug desselben.

Auf dem Parteikongress zu Halle im Jahre 1875, wenige Jahre nach den großen, durch frevelhaften Uebermuth unserer Nachbarn im Westen veranlaßten Ereignissen der Jahre 1870/71, bei welchem die Vaterlandsliebe aller Gesellschaftsklassen der deutschen Staaten in so heiligem Ernste zum Ausdruck kam und bei welchem der jetzige, sich gleichfalls im Lager von Marx, Liebknecht und Bebel befindende Social-

demokrat Hasenclever noch für Deutschland's Ehre und Selbstständigkeit mitsocht, wurde zum ersten Male ein allgemeines Parteiprogramm aufgestellt, dessen Grundzüge lauteten:

Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur. Der Gewinn aus den Erzeugnissen der Arbeit hat daher den Arbeitern zu Gute zu kommen. Die jetzt bestehende Gesellschaftsordnung ist als Feind der Freiheits- und Gleichheitsbestrebungen mit allen Mitteln, auch mit Gewalt, zu bekämpfen und zu stürzen. Die Religion und die mit ihr zusammenhängenden Einrichtungen sind als reine Privatsache zu erklären.

Dieses nur Revolution, Materialismus, Despotismus predigende Programm ist auf dem in diesem Jahre nach dem Falle des Socialistengesetzes in Halle abgehaltenen Socialistenkongresse nicht nur beibehalten, sondern in mancher Beziehung noch verschärft worden. Noch während des Bestehens des Socialistengesetzes, durch welches wenigstens das öffentliche Hezen in Wort und Schrift möglichst verhindert werden konnte, gab unser großer Helidentaiser Wilhelm I. sein nur das Wohl der weniger gut gestellten Gesellschaftsklassen im Auge habendes Programm kund, in dessen Verfolg unter der Führerschaft unseres hochverdienten Kanzlers Fürst Bismarck das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz entstanden und unter der Regierung des jetzigen, warm für das Loos Bedrückter eintretenden jugendlichen Kaisers Wilhelm II. das Invaliden- und Altersversicherungsgesetz zum Abschluß gebracht wurde. Doch alle diese in der ganzen Welt Bewunderung und Nachahmung erregenden Einrichtungen, durch welche schon vieles Elend beseitigt worden ist und welche die Arbeitgeber in so hohem Maße belasten, ferner alles Arbeiten der regierungsfreundlichen Parteien nur zum Wohle der Arbeiter auch in anderen Beziehungen haben nicht vermocht, die gewissenlosen Führer davon abzubringen, die leichtgläubige Menge zu betören und noch auf dem Parteitage zu Halle sind die durch die Versicherungsgesetze in Aussicht gestellten Renten als Bettelpennige bezeichnet worden.

Während nun die Socialisten aller anderen Länder stets noch ihre Nationalität wahren, kennt der wüste deutsche Socialdemokrat sein Vaterland nicht, sondern steht auf internationalem Boden.

Was zeigen denn nun die Glaubenssätze der Socialdemokratie?

Die Religion soll Privatsache sein. Doch nicht allein dies. Auf dem Parteitage ist zu wiederholten Malen angedeutet worden, die Religion möchte überhaupt abgeschafft werden. Welch' gewissenlose Forderung! Aller moralische Halt fällt mit der Religion, der Glaube, der einzige Trost in so vielen Lagen, das Gemüth, jede herzliche Empfindung werden unterdrückt und an ihre Stelle treten einzig und allein Materialismus und Egoismus. Doch nicht genug hiermit, auch die jetzt auf Grundlage der Religion bestehende Ehe, das von Gott begnadete Band zweier Seelen soll untergraben und an deren Stelle die freie Ehe, d. h. das ungehinderte Zusammengehen und Sichtrennen zweier Menschen verschiedenen Geschlechts treten. Der Mensch soll zum Thier und unter das Thier herabstinken.

Gott sei Lob und Dank, daß die Religion im deutschen Volke so tief wurzelt! Daran scheitert die unsinnige Forderung der socialdemokratischen Verführer und um sich ihre Parteigänger nicht vor den Kopf zu stoßen, konnten sie auf dem Parteitage zu Halle weitergehende Forderungen nicht stellen.

Durchaus falsch ist es, wenn in der Lehre der Socialdemokratie immer nur der Arbeiterstand als der allein arbeitende hingestellt wird. Ein jeder andere Stand hat seinen Theil Arbeit zu erfüllen und nicht zum Allerwenigsten der Arbeitsunternehmer. Der Letztere befindet sich aber dem Arbeiter gegenüber insofern noch in einer ungünstigeren Lage, als er erst nach Fertigstellung der Waaren und nachdem er die Arbeitslöhne, Materialien u. s. w. schon bezahlet haben mußte, an die produktive Verwertung der Waaren gehen kann. Die Forderung daher, daß der Gewinn aus den Erzeugnissen der Arbeit nur den Arbeitern zu Gute zu kommen hat, ist durchaus falsch und verwerflich. Vollständig falsch aber ist ferner auch die Meinung, daß jede geleistete Arbeit gleichen Werth habe, da den Preis eines Gegenstandes nicht der Bedarf zu bestimmen habe, sondern derselbe eben nur in der geleisteten Arbeit stecke. Es ist von jeher so gewesen und wird, so lange die Welt besteht, so bleiben, daß der Preis der Waaren sich darnach zu richten hat, ob dieselben Bedarfs- oder Luxusartikel u. s. w. sind und der Arbeitswerth wird und muß mit dem Gebrauchswerth steigen oder fallen.

Trotz vielfacher Anregungen, endlich doch einmal klar zu sagen und zu zeigen, wie sich die Führer der Socialdemokratie den Zukunftsstaat denken, haben dieselben Rede und Antwort nicht gestanden, ja sie haben vielmehr ein solches Ansinnen mit Entrüstung von sich gewiesen. Und warum dies? Weil sofort ihr ganzes nur mit Gewissenlosigkeit errichtetes und durch Vethörung bestehendes Gebäude in sich zusammenfallen müßte.

Die gegnerischen Parteien wissen aber sehr wohl, wie der von den Führern der Socialdemokratie ge-

bach
rum
geöff
leiter
und
als
Hier
arbe
nicht
einen
einzi
Jede
da e
nicht
auch
St
die
nicht
gut
unter
absc
gewi
der
häng
solche
Staa
potie
Men
mehr

zu au
tie sol